

Sonntag, 25. August 1918

## Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 g. Abendblatt 80 g. Reklamen  
 2.50 Abendbl. 3 — 40% Feuerungszuschlag,  
 Stellungsanfrage 10% Feuerungszuschl. Familien-  
 anzeige, Sonderartik. Platz- u. D. tenvorschr. ohne  
 Vorjudlichk. — Anzeig. n. n. m. an: Geschäftsstelle  
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-  
 str. 23. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauerstr. 10/18.  
 Dresden A.: Waisenhausstr. 38. München: Fernwartstr. 5.  
 Osnabrück: Biedererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:  
 Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. A. n. Exped.  
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-  
 Druckeret G. m. b. H.

Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

## Deutschland und die „Zentren des europäischen Gewissens“.

Von Dr. Hugo Preuß.

An die heute in allen Ländern vorhandenen Gruppen, die man als Zentren des europäischen Gewissens bezeichnen kann, wendet sich die bedeutsame Rede des Staatssekretärs Dr. Solff, die in einer von warmer Ueberzeugung getragenen Absage an die Chauvinisten und Jingos hüben und drüben gipfelt. Unter Berufung auf die nur allzu zeitgemäßen Worte Kant's bekämpft er die Gesinnung des Ausrottungskrieges, die keine Regung des Vertrauens zwischen Volk und Volk auskommen läßt. Der Gegensatz solcher Verbündung zu den Vernichtungsreden feindlicher Staatsmänner sollte nicht ohne Wirkung auf die Zentren des europäischen Gewissens bleiben; und doch können wir uns nach den bitteren Erfahrungen dieser Jahre keiner sonderlichen Hoffnung hingeben. Den Grund lediglich im Unverständnis oder bösen Willen der ganzen übrigen Welt zu suchen, ist gewiß nicht die rechte Art, den „Weg ins Freie“ im Sinne Dr. Solff's zu finden. Will man die feindliche Knocout-Politik wirklich entkräften, muß man rückhaltlos und, wenn nötig, rücksichtslos mit den Knocout-Politikern im eigenen Lande brechen. Hat das die deutsche Regierung getan? Kann sie es nach der ganzen Struktur unseres Regierungssystems ohne eine durchgreifende Umstellung der inneren Politik überhaupt versuchen?

Mit der Knocout-Politik brechen, das heißt, in fester Zuversicht auf die bewährte Kraft der Selbstbehauptung doch auch die Kraft der Gegner nicht unterschätzen, und daher nicht die Wahrscheinlichkeit des unbedingten Endsieges über alle Feinde zur Grundlage der Politik machen, unbeirrt von augenblicklichen militärischen Erfolgen oder Rückschlägen. Ist das einer deutschen Regierung ohne Umgestaltung des inneren Systems möglich?

Wer mit der Wahrscheinlichkeit eines vollkommenen und unbedingten Waffensieges Deutschlands über alle Mächte der Erde rechnet, braucht mit politischen Notwendigkeiten sonst nicht zu rechnen, und kann seine politischen Muse mit der Aufstellung aller beliebigen östlichen und westlichen Kriegsziele ausfüllen. Wer an jener Wahrscheinlichkeit zweifelt, doch ebenso sehr an der Möglichkeit einer wirklichen Umgestaltung des deutschen Regierungssystems von innen heraus in der drängenden Gegenwart, der treibt politisch ratlos und taktlos umher. Das ist der gegenwärtige Zustand der weit-aus größten Mehrheit des deutschen Volkes und seiner öffentlichen Meinung, denen beiden freilich politische Rat- und Taktlosigkeit eine alte siebe Gewohnheit ist. Wer jedoch sich von Amts- oder Berufswegen im unpolitischen Deutschland politisch betätigen muß, der kommt aus einem fatalen Selbstwiderspruch nicht heraus. Die Regierung will zunächst und vor allem die „Stimmung“ durchhalten und glaubt deshalb unbedingt sich zu dem Dogma vom vollkommenen Waffensiege bekennen zu müssen, der immer wieder in um so nähere Aussicht gestellt wird, je endloser sich der Krieg hinzieht, und je weniger alle schwer und ruhmvoll errungenen Erfolge den Erfolg zu bringen vermögen. Daher muß sie die Ausspeisung der Stimmung durch eine demagogische Hege, die sich über alle Wirklichkeiten souverän hinwegsetzt, wohlwollend dulden, obwohl es ihr vor der Einlösung der so auf die Zukunft gezogenen Wechsel gewiß noch ärger graust, als vor der Remonetisierung des Kriegsgeldes. Zugleich unterläßt die Regierung aber nicht die Versuche zu allerlei Friedenssößen, betont ihre Bereitwilligkeit zu einem „Verständigungs-frieden“. Mag dies auch in noch so vorsichtigen und unbestimmten Wendungen geschehen, so muß es doch die sonst so ängstlich verhältelsten deutschen Knocout-Politiker zu leidenschaftlichem Kampfruf herausfordern, indem sie darin ganz logisch einen schwächlichen Widerspruch zu dem mit ihnen gemeinsam bekannten Glauben an den unzweifelhaften baldigen, unbedingten Endsieg erblicken. Das stärkt natürlich die Stellung der feindlichen Knocout-Politiker gegenüber der Opposition in ihrem eigenen Lande. Würden wir mit gläubigem Vertrauen auf die Haltung einer feindlichen Regierung eingehen, die behauptet, zwar den baldigen, unbedingten Endsieg unzweifelhaft in Händen zu haben, jedoch aus edler Menschlichkeit auf die Ausnützung dieser militärischen Ueberlegenheit freiwillig zu verzichten? Solches Vertrauen mutet aber unsere gegenwärtige Politik den Gegnern zu. Obenein waren die Vorgänge in Breslau-Litowst mit ihren Folgen ganz geeignet, von den feindlichen Kriegsparteien gegen ihre Opposition und vor den Zentren des europäischen Gewissens so verwendet zu werden, wie es mit Erfolg geschehen ist.

Man hat draußen und drinnen von unserer Regierung eine deutliche und unzweideutige Erklärung über ihr Friedensprogramm verlangt; eine unmögliche Zumutung für eine Regierung, die sich nur durch Schweben zwischen dem Mißtrauen der alldeutschen Vaterlandsparteiler und dem Argwohn der Linken hält. An diesem „Charakter“ der Regie-